

Niederschrift über die Sitzung des Werksausschusses des Eigenbetriebes KULTURBETRIEBE FRANKFURT (ODER) am 13.04.2026

Beginn: 17:30 Uhr	Ende: 19:00 Uhr
Tagungsort:	im Raum Gorzów (R. 2.22), Rathaus, Marktplatz 1, 15230 Frankfurt (Oder)
Art der Sitzung:	Präsenzveranstaltung

Teilnehmer/-innen:

Anwesend

Ausschussmitglieder

Jürgen Fritsch	AfD-Fraktion Frankfurt (Oder)
Elke Hofmann	AfD-Fraktion Frankfurt (Oder)
Gottfried Spieth	AfD-Fraktion Frankfurt (Oder)
Grit Art	Fraktion CDU
Karin Muchajer	Fraktion Die Linke
Sandra Seifert	Fraktion Die Linke
Sahra Damus	Fraktion Grüne/B90 – BI Stadtentwicklung
Prof. Dr. Brigitte Rieger-Jähner	Fraktion SPD

Dr. Karl-Konrad Tschäpe	Beschäftigtenvertreter
Elisabeth Prosch	Stellvertretende Beschäftigtenvertreterin

Verwaltung/Gäste

Sabine Wenzke	Werkleiterin
Anne Voigt	Leiterin Musikschule
Karen Schumann	Leiterin Stadt- und Regionalbibliothek
Dr. Tim S. Müller	Leiter Städtisches Museum Viadrina
Cindy Gasche	Sachgebietsleiterin Finanzen
Lea Nienhoff	Kulturreferentin
in Vertretung für Claus Junghanns	Bürgermeister, 1. Beigeordneter und Kämmerer
Martin Bruzek	Sachbearbeiter Beteiligungen
Susanne Schmidt	Referentin Kulturbüro/Verwaltung / Protokollantin

Nicht anwesend

Paula Köhler	Fraktion FDP	
Michael Möckel	Fraktion CDU	entschuldigt
Elisabeth Lüdeking	Leiterin Volkshochschule	entschuldigt

Öffentlicher Teil

TOP 1 - Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Damus begrüßt die Mitglieder und Gäste des Werksausschusses und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung, dass der Werksausschuss beschlussfähig sei.

TOP 2 - Feststellung der Tagesordnung

Frau Seifert und Frau Damus kündigten Anfragen an die Werkleiterin im öffentlichen und nichtöffentlichen Teil an.

Die Mitglieder stimmten der Tagesordnung einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: 10 JA / 0 NEIN / 0 ENTHALTUNGEN

TOP 3 - Genehmigung der Niederschrift der Sitzung über den öffentlichen Teil vom 19.01.2026

Keine Fragen oder Anmerkungen.

Die Mitglieder genehmigten die Niederschrift einstimmig:

Abstimmungsergebnis: 9 JA / 0 NEIN / 1 ENTHALTUNG

TOP 4 - Genehmigung der Niederschrift der außerordentlichen Sitzung vom 16.02.2026

Keine Fragen oder Anmerkungen.

Die Mitglieder genehmigten die Niederschrift einstimmig:

Abstimmungsergebnis: 9 JA / 0 NEIN / 1 ENTHALTUNG

TOP 5 - Genehmigung der Niederschrift der Sitzung über den öffentlichen Teil vom 23.02.2026

Keine Fragen oder Anmerkungen.

Die Mitglieder genehmigten die Niederschrift einstimmig:

Abstimmungsergebnis: 9 JA / 0 NEIN / 1 ENTHALTUNG

TOP 6 - Anfragen an die Werkleiterin

Frau Muchajer erkundigt sich nach dem Umsetzungstand der Stadtverordnetenbeschlüsse bezüglich der Entfristung der Personalstellen in der Musikschule und der Prüfaufträge, die im Rahmen des Antrages 25/ANT/0530 und Änderungsantrages 25/SVV/0543-01 beschlossen wurden.

Frau Damus schließt sich der Anfrage an und formuliert folgende Anfragen:

1. Was sind die Ergebnisse der Prüfaufträge, die mit dem Antrag der Entfristung der Stellen in der Musikschule in der letzten Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurden und bis zum 15.03. erfolgen sollten?
2. Wurden die Stellen bis 31.03. entfristet, d. h. unbefristet verlängert / neu geschlossen, wie in demselben Antrag beschlossen?

Frau Wenzke berichtet, dass die Arbeitsverträge noch nicht entfristet bzw. unbefristet verlängert wurden, da dem Abschluss neuer Verträge die vorläufige Haushaltsführung, in der städtischen Dienstanweisung geregelt, entgegensteht.

Der Prüfauftrag sei grundsätzlich erledigt und befinde sich derzeit in der verwaltungsinternen Abstimmung, auch wie über die Ergebnisse informiert werden soll, z. B. via Vorlage zur Information. Sie führte aus, dass nicht der bestehende sozialversicherungsrechtliche Status für den Abschluss von Honorarverträgen problematisch sei, sondern das Fehlen eines unternehmerischen Risikos. Sie fasst zusammen, dass es keine Veränderung am Vertragszustand seit der Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung im Februar gab.

Für Frau Damus sei es völlig unverständlich, dass nichts passiert sei und sie fragt sich, was sich geändert habe, sodass der Beschluss nicht umgesetzt werde? Es wurde mehrmals besprochen und auch der Bürgermeister bestätigte die Umsetzung nicht nur mündlich, sondern kündigte auch an, dies schriftlich gegenüber Frau Wenzke zu bestätigen. Darüber hinaus wurden in der Stadtverwaltung auch Arbeitsverträge trotz vorläufiger Haushaltsführung geschlossen. Warum sei das dann möglich?

Frau Seifert stimmte Frau Damus zu und ergänzt. Wenn der Oberbürgermeister im Nachgang der Beschlussfassung feststellt, dass die Umsetzung des Beschlusses nicht rechtskonform sei, hätte er diesen anfechten müssen. Es war bisher nicht erkennbar, dass die Dienstanweisung gegen die Beschlussfassungen spreche. Sie spricht ihr Missfallen gegenüber der Verwaltungsspitze aus. So könne man mit ehrenamtlichen Gemeindevertretern nicht umgehen.

Herr Fritsch sprach daraufhin sein Misstrauen gegenüber den Fraktionen *Grüne/B90 – BI Stadtentwicklung* und *Die Linke* aus. Die finanzielle Lage lasse einen Vertragsabschluss nicht zu.

Frau Wenzke begründet Ihr Handeln und stützt sich dabei auf die Festlegungen der Dienstanweisung in Verbindung mit den Ausnahmen, die per Verfügung durch die Verwaltungsspitze festgelegt wurden. Die befristeten Verträge in der Musikschule laufen aus. Es ist der Abschluss neuer Arbeitsverträge

notwendig. Ihr obliegt zwar die Personalbewirtschaftung, allerdings stehen dem Abschluss von Arbeitsverträgen die Dienstanweisung sowie die Verfügung vom 05.12.2024 entgegen. Im Rahmen der Beschlussfassung wurde mit Herrn Junghanns besprochen, dass die Ermächtigung der Werkleiterin zum Abschluss der Verträge per Verfügung vom Oberbürgermeister unterzeichnet werde. Diese Verfügung vom 26.02. liegt noch nicht unterzeichnet vor. Auf Nachfrage Herrn Bruzeks informierte Frau Wenzke, dass die Rückfragen aus dem Büro des Oberbürgermeisters beantwortet wurden und es seitdem keinen neuen Stand der Bearbeitung gäbe.

Herr Bruzek weist die Anwesenden auf die Werksausschusssitzung in der Musikschule im Jahr 2025 hin, an der auch die ehemalige Kämmerin teilgenommen hat. Sie hat damals informiert, dass kein Stadtverordnetenbeschluss die Regelungen der vorläufigen Haushaltsführung aushebeln könne.

Frau Damus möchte wissen, woran es konkret scheitere. Sie erinnere sich an den Beschluss der Sportförderung, aufgrund dessen die Mittel trotz vorläufiger Haushaltsführung ausgereicht wurden.

Frau Seifert erkundigt sich, ob dann auch die Beschlussfassung, die Kürzungsmaßnahmen nicht umzusetzen, aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung ebenfalls gegenstandslos sei. Frau Wenzke verneint, denn hier, z. B. bei der Umsetzung der Kürzungsmaßnahme, dass die Mieter des Hauses der Künste nur von der Zahlung der Hälfte der Kaltmiete befreit werden, handelt es sich um keinen Neuabschluss von Verträgen. Bei den Honoraren der Volkshochschule gäbe es hingegen, im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung seit Januar 2025 bereits Kürzungen des Honorars. Dies wird auch 2026 so sein, obwohl die Maßnahme zur pauschalen Kürzung von Honoraren nun nicht umgesetzt werde. Der Abschluss unbefristeter Verträge sei nicht vergleichbar mit der Streichung der Kürzungsmaßnahmen.

Frau Wenzke wies auch darauf hin, dass wenn sich das Problem bis zum Sommer nicht lösen lasse und deshalb keine nahtlose Weiterbeschäftigung möglich sei, die Stellen neu ausgeschrieben werden müssten.

Frau Damus verstehe nicht und sei verärgert darüber, dass in der Vergangenheit suggeriert wurde, dass die Beschlüsse so umgesetzt werden könnten. Das wurde auch von Herrn Junghanns so suggeriert. Sie habe das Gefühl, dass die Stadtverordneten Ursachenforschung betreiben und als Mediator fungieren müssen.

Frau Seifert möchte, dass die Stadtverordnetenbeschlüsse umgesetzt werden, würde aber selbstverständlich nie von der Werkleitung verlangen, rechtswidrige Entscheidungen zu treffen und umzusetzen. Sie bat die Vorsitzende darum, die Nichtumsetzung des SVV-Beschlusses im nächsten Vorsitzendenbeirat anzusprechen.

Herr Dr. Tschäpe wies auf eine Aussage Herrn Mitzloffs hin, entnommen aus einer der letzten Niederschriften, dass entsprechende Begründungen den Abschluss der Verträge ermöglichen würden. Frau Wenzke erläuterte, dass wenn entsprechende Begründungen gegeben werden könnten, es nicht der konkreten Regelungen zum Umgang mit Arbeitsverträgen in der Musikschule in der Verfügung (vom 05.12.2024) bedürfe. Es geht bei dem Abschluss der Arbeitsverträge um ca. 4,4 Stellen - 24 Arbeitsverträge – von 28 Stellen. Es kann nicht vermittelt werden, dass bei Nichtabschluss der Arbeitsverträge, die Musikschule als Einrichtung in Gefahr wäre.

Frau Prosch erkundigte sich nach einem zurückliegenden Fall in der Stadt- und Regionalbibliothek, bei dem trotz vorläufiger Haushaltsführung eine Stelle wiederbesetzt wurde. Frau Wenzke könne sich an die Umstände nicht genau erinnern, vermute aber, dass der Prozess der Wiederbesetzung bereits 2024, vor der vorläufigen Haushaltsführung, begann oder dass eine entsprechende Begründung der Notwendigkeit und Unabweisbarkeit vorlag.

Frau Damus stellte die von Frau Seifert und ihr vorgeschlagene und abgestimmte Verfahrensweise wie folgt zur Abstimmung:

1. Der Umgang mit Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung während der vorläufigen Haushaltsführung wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Vorsitzendenbeirates gesetzt.
2. Es wird eine kurzfristige Sondersitzung des Werksausschusses im Beisein des Oberbürgermeisters, Herrn Dr. Strasser und des Bürgermeisters, Herrn Junghanns einberufen um die Problematik der Umsetzung der soeben besprochenen Stadtverordnetenbeschlüsse zu klären.

Dem Verfahrensvorschlag, bestehend aus den beiden Punkten, wird mehrheitlich zugestimmt:

Abstimmungsergebnis: 7 JA / 2 NEIN / 1 ENTHALTUNG

Frau Seifert erkundigte sich, ob auf Grund der Betriebseinstellung der privaten Kleist-Musikschule mit einer erhöhten Nachfrage in der Musikschule gerechnet werde. Frau Voigt könne sich vorstellen, dass die Schließung zu einer erhöhten Nachfrage führt. Allerdings gäbe es für die in der Kleistmusikschule zentralen Bereiche, Klavier, Populärmusik und Streicher, keine Kapazitäten in der Musikschule. Noch liegen keine Anfragen von Kleist-Musikschülern vor.

Frau Damus konstatiert, dass diese Bedarfe ebenfalls ein Argument für den Abschluss der Arbeitsverträge in der Musikschule sein könnte.

Auf die Anfrage Herrn Bruzeks zum Bearbeitungsstand des Jahresabschlusses 2025 informierte Frau Wenzke, dass dieser aufgestellt sei und zur Prüfung an das Wirtschaftsprüfungsunternehmen weitergegeben wurde.

Keine weiteren Anfragen.

TOP 7 - Beratungsschwerpunkt: Anonymisierte freiwillige Umfrage in der Musikschule zu den Einkommensverhältnissen der Sorgeberechtigten (Vergleich 2. Beschlusspunkt der Vorlage 25/SVV/0299)

Frau Wenzke führt ein. Das Formular wurde in Zusammenarbeit mit Herrn Wagenknecht (Referent strategisches Controlling, Bereich des Oberbürgermeisters) entworfen.

Für Frau Damus wirken die Formulierungen zu technisch und juristisch. Das könnte abschreckend wirken. Herr Dr. Tschäpe und Herr Spieth stimmen zu.

Die Mitglieder des Werksausschusses geben folgende Hinweise:

- Der Text sollte leicht verständlich sein und dahingehend umformuliert werden; Definitionen könnten ggf. in der Fußnote ausgeführt werden
- Die Angabe, ob man Frankfurt-Pass-Inhaber sei, wirke wie ein Pflichtfeld, da es keine Auswahlmöglichkeit gäbe. Außerdem sollte die Angabe nach unten gesetzt werden.
- Es könnte ein einführender Satz ergänzt werden, dass die Umfrage aufgrund eines Stadtverordnetenbeschlusses durchgeführt werde und die Ergebnisse dieser Umfrage als Diskussionsgrundlage zur Einführung von Staffelentgelten in der Musikschule dienen.

Frau Wenzke wies darauf hin, dass es nicht einfach sei, eine einfache und gleichzeitig eindeutige Formulierung zu finden.

Auf die Nachfrage von Frau Damus zum Zeitraum der Erhebung führte Frau Wenzke aus, dass die Umfrage für den Monat Mai geplant war. Frau Damus regte an, den angepassten Entwurf erneut in der Sondersitzung zu besprechen.

Keine weiteren Fragen oder Anmerkungen.

TOP 8 - Sonstiges

Folgende Termine für die Sondersitzung wurden abgestimmt und können dem Oberbürgermeister und Bürgermeister vorgeschlagen werden:

Montag, 27.04.2026 um 17.30 Uhr

Donnerstag, 30.04.2026 um 17.00 Uhr

Dienstag, 05.05.2026 um 18.30 Uhr

Freitag, 08.05.2026 um 17.00 Uhr

Nichtöffentlicher Teil

Frau Damus stellte die Nichtöffentlichkeit fest.

TOP 9 - Genehmigung der Niederschrift der Sitzung über den nichtöffentlichen Teil vom 19.01.2026

TOP 10 - Genehmigung der Niederschrift der Sitzung über den nichtöffentlichen Teil vom 23.02.2026

TOP 11 - Anfragen an die Werkleiterin

TOP 12 - Sonstiges

Frau Damus schließt den nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Frau Damus schließt die Sitzung des Werksausschusses.



Sahra Damus
Vorsitzende des Werksausschusses



Susanne Schmidt
Protokollantin